

27.08.2026 | Bildung

Anne Riecke zu TOP 58 "Lehrmittelfreiheit und Lehrmittelkosten in Schleswig-Holstein"

In ihrer Rede zu TOP 58 (Lehrmittelfreiheit und Lehrmittelkosten in Schleswig-Holstein) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anne Riecke**:

„Bildungsgerechtigkeit entscheidet darüber, ob ein Kind die gleichen Chancen bekommt wie das Kind neben ihm. Und deshalb müssen wir heute über Lernmittelfreiheit sprechen. Denn hinter jedem Heft, jedem Stift, jedem Schulbuch und jedem digitalen Endgerät steht am Ende eine ganz einfache Frage: Kann sich die Familie das leisten?

Der SSW hat mit seinem Antrag genau deshalb eine aktuelle Bestandsaufnahme eingefordert. Nicht, weil wir Zahlen sammeln wollen, sondern weil wir endlich wissen müssen, was Schule Familien tatsächlich kostet. Und was liefert uns die Landesregierung? Die letzte umfassende Untersuchung stammt aus dem Jahr 2016. Damals gaben Eltern durchschnittlich knapp 1.000 Euro pro Kind und Schuljahr für schulbezogene Kosten aus. 2016!

Wir leben inzwischen in einer völlig anderen Bildungswelt. Digitalisierung, Tablets, Lernplattformen, Apps, Software und digitale Schulbücher gehören längst zum Schulalltag. Und trotzdem sagt uns die Landesregierung: Eine aktuelle, flächendeckende Statistik darüber, was Eltern heute tatsächlich zahlen, gibt es nicht. Das ist nicht nur unbefriedigend. Das ist politisch zu wenig. Denn wenn wir nicht wissen, was Familien bezahlen müssen, wie wollen wir dann ernsthaft behaupten, dass wir Bildungsgerechtigkeit herstellen?

Und noch etwas macht dieser Bericht deutlich: Es hängt davon ab, wo ein Kind zur Schule geht. Die Ausgaben der Schulträger reichen – trotz eingeschränkter Vergleichbarkeit – von rund 70 Euro bis etwa 1.400 Euro pro Schülerin oder Schüler. 70 Euro hier. 1.400 Euro dort. Das bedeutet doch im Kern: Die Bildungschancen eines Kindes dürfen nicht davon abhängen, auf welcher Seite einer kommunalen Grenze es wohnt. Und bitte erzählen Sie mir jetzt nicht, dafür gebe es doch Unterstützungsleistungen. Ja, es gibt das Bildungs- und Teilhabepaket. Ja, es gibt Sozialermäßigungen. Ja, es gibt einzelne Förderprogramme. Aber Bildungsgerechtigkeit darf nicht bedeuten, dass Eltern erst nachweisen müssen, dass sie sich etwas nicht leisten können. Ein Kind darf nicht am Montag ohne das notwendige Material in der Schule sitzen und sich dafür schämen müssen, dass zu Hause das Geld nicht reicht. Das ist der Punkt, über den wir sprechen sollten. Nicht über abstrakte Haushaltszahlen, sondern über Kinder. Über das Kind, das seinen Eltern nicht sagen möchte, dass es wieder ein Arbeitsheft braucht. Über den Jugendlichen, dessen

Klassenkameraden längst mit Tablets arbeiten, während zu Hause das Geld dafür fehlt. Über die Familie, die am Monatsende rechnen muss, ob sie die Klassenfahrt, die Nachhilfe oder die notwendigen Schulmaterialien bezahlen kann.

Und dann gibt es noch den besonders bitteren Widerspruch: An zwei Schulen wurde Lernmittelfreiheit im Rahmen eines Modellversuchs praktisch erprobt. Hefte, Mappen, Stifte und andere Materialien konnten unkompliziert bereitgestellt werden. Besonders bedürftige Kinder konnten zusätzlich unterstützt werden. Die Schulen berichten von einer niedrigschwelligen und schnellen Ausstattung der Schülerinnen und Schüler. Es hat funktioniert. Und trotzdem ist das Programm ausgelaufen. Die Fortführung über das Startchancen-Programm ist nicht möglich, weil Verbrauchsmaterialien dort nicht förderfähig sind.

Genau das ist doch das Problem unserer Bildungspolitik: Wir erkennen Ungleichheit. Wir probieren Lösungen aus. Wir sehen, dass sie funktionieren – und dann lassen wir sie wieder auslaufen. Das können wir uns nicht länger leisten. Wir brauchen endlich eine Lernmittelfreiheit, die diesen Namen verdient. Wir brauchen aktuelle Daten. Wir brauchen klare Zuständigkeiten. Und wir brauchen einen Blick auf diejenigen, die unsere Unterstützung am dringendsten benötigen. Denn ein Kind kann nichts dafür, wie viel Geld seine Eltern verdienen. Ein Kind kann nichts dafür, ob seine Kommune finanziell stark oder schwach ist. Und ein Kind kann nichts dafür, ob seine Eltern sich Nachhilfe, ein Tablet oder das nächste Arbeitsheft leisten können. Aber dieses Kind hat ein Recht auf dieselben Chancen wie jedes andere Kind. Bildung ist kein Luxus. Bildung ist kein Familienprivileg. Bildung ist ein Recht. Und deshalb darf Bildungsgerechtigkeit nicht davon abhängen, wie dick das Portemonnaie der Eltern ist.

Wenn wir das nicht endlich ernst nehmen, dann reden wir nicht über Chancengerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit – dann reden wir über Chancen nach Geldbeutel. Und das dürfen wir nicht akzeptieren.“

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort.



Anne Riecke

Sprecherin für Bildung, Kultur, Landwirtschaft, Fischerei, Jagd,
Verbraucherschutz, Religion, Minderheiten, Umwelt, Klimaschutz

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de